Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 26 (1934)

Heft: 6

Rubrik: Arbeiterbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeiterbewegung.

Eisenbahner.

Der diesjährige ordentliche Kongress des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes befasste sich neben den statutarischen Geschäften mit wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen.

In bezug auf die schweizerische Wirtschaftspolitik stimmte der Kongress einstimmig einer Entschliessung zu, die sich energisch gegen die weitere Fortsetzung der Lohn- und Preisabbaupolitik wendet und eine Abkehr davon zu konstruktiver und entschiedener Bekämpfung von Krise und Not fordert.

Zur Sanierung der Bundesbahnen wurde nach einem Referat von Kollegen Bratschi in einer Resolution festgestellt, dass die Bundesbahnen selbst für die prekäre Finanzlage keine Verantwortung tragen, da die eingetretenen Defizite auf die Ueberbürdung bahnfremder Lasten, den Mangel an Planmässigkeit in der Verkehrsgesetzgebung, die wirtschaftliche Krise und die deflationistische Wirtschaftspolitik des Bundesrates zurückzuführen sind. Der Kongress forderte die Sanierung durch Herbeiführung einer planmässigen Teilung des Verkehrs und durch finanzielle Entlastung durch den Bund. Mit aller Schärfe wandte sich der Kongress gegen die Versuche, die Bundesbahnen dem Einfluss des Staates zu entziehen und in vermehrtem Masse der Kontrolle des Grosskapitals zu unterstellen.

Der Kongress befasste sich auch mit der Kritik am gewerkschaftlichen Kurs der Verbandsleitung und nahm nach lebhafter Aussprache fast einstimmig einen Beschluss an, der die gewerkschaftliche Politik der Verbandsleitung ausdrücklich billigt und der Leitung den Dank und das Vertrauen ausspricht.

Am letzten Kongresstag sprach Professor Marbach (Bern) über das Thema «Gewerkschaften und Schweizervolk»; sein Referat wurde vom Kongress beifällig aufgenommen und die darin verfochtenen Gedanken werden zweifellos die schweizerischen Gewerkschaften — aber auch ihre Gegner — noch längere Zeit beschäftigen.

Lithographen.

Der Schweizerische Lithographenbund hielt seinen ordentlichen Verbandstag über Pfingsten in Vevey ab. Er genehmigte Jahresbericht und Jahresrechnungen und nahm entschieden gegen die schikanösen Massnahmen der Behörden in bezug auf die Arbeitslosenversicherung Stellung. In Uebereinstimmung mit dem Typographenbund forderte der Verbandstag zum Schutz des schweizerischen Arbeitsmarktes die Erhebung hoher Eingangszölle auf ausländischen Drucksachen. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, mit der Prinzipalschaft in bezug auf die Verhinderung der Ueberzeitarbeit und die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung zu treten. Ein Antrag auf Missbilligung der Haltung des Gewerkschaftsbundes zum Staatsschutzgesetz wurde nicht behandelt, da der Gewerkschaftsausschuss zu dieser Angelegenheit bereits abschliessend Stellung genommen hatte. Die bisherige Verbandsleitung wurde bestätigt.